

Kampfbuch

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einmal wöchentlich nach. Bezugspreis im Voraus monatlich 1000 M., durch die Post 1050 M. ohne Postgebühren. Druck-Verlag: Staatsdruckerei, L. Beigt Halle-Merseburg, (6. u. 7. Bldg.) Halle, Linden-Bl. 14. Nummer 1045 1047 2251. Schriftleitung: Godesberg 13-1 u. 4-6 Uhr

Mit der Zeitung „DAS WORT“ als Beilage

Der Einzelpreis beträgt 35 M. für den Abnehmer ohne und 400 M. für den Abnehmer mit den notwendigen Leistungen. Anfragen bis einschließlich 1. März erbeten. Halle-Land: Gomm- und Preisblatt, Halle, Gollschiedstraße Leipzig 1008 68. Preis 65. Halle

Einzelpreis 40 Mark

Sonnabend, den 27. Januar 1923

3. Jahrgang, Nr. 23

Vor dem deutschen Fasziistenputz

Belagerungszustand in Bayern

III. München, 26. Januar.

Das Generalstaatsministerium des Freistaats Bayerns erläßt heute abend folgende Bekanntmachung über die Verhängung des Ausnahmezustandes im rechtsrheinischen Bayern:

„Der Druck der Feinde auf Deutschland verlangt zur Zeit eine Vorentscheidung der Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Wehr. Jetzt ist nicht Zeit für politische Auseinandersetzungen, durch welche die Gefahr der Zusammenstoßung unter Deutschen heraufbeschworen wird. Den Führern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei wurde daher eröffnet, daß unter diesen Umständen anlässlich ihres Parteitagessitzungen und Besprechungen unter freiem Himmel nicht zugelassen werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnung ab und drohten, daß der staatlichen Gewalt entgegengekehrt werde. Damit hat die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei den gegenwärtigen Wobden verlassen und der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf angelegt. Um allen Einwirkungen von Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, zu begegnen, hat daher die Staatsregierung beschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Es erwartet von allen Staatsbürgern die genaueste Beobachtung der bestehenden Gesetze und der ergebenden Anordnungen.“ Die einschließend daran erlassenen Verordnungen sehen die Aufstellung eines Generalstaatskommissars vor, zu dem der Innenminister Dr. Schwegler bestellt ist. Außerdem werden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit besondere Staatsteile der Regierung bestellt, und zwar die Regierungspräsidenten für ihre Regierungsbezirke und die Polizeipräsidenten in den größeren Städten.

Die Nationalsozialisten arbeiten überall im Reich hieberdast. Sie leben offenbar die Stunde für gekommen, in der sie von Bayern ausgehend, die fasziistische Diktatur in Deutschland errichten zu können glauben. Die nationalsozialistische Partei, die die Regierung Cuno unter Mitwirkung aller Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie hervorgerufen hat, ist ihnen auch vollständig günstig. Die Fasziisten sind entschlossen, sie für ihre Ziele auszunutzen, da sie hoffen können, im geplanten Bürgerkrieg keinen Widerstand zu finden und daß die sozialdemokratischen Führer zu feige sein werden, gemeinsam mit den Kommunisten den entschlossenen Widerstand des Proletariats zu organisieren.

Die fasziistischen Organisationen dirigieren ihre ganzen Kräfte nach München, wo heute eine von dem Fasziistenführer Hitler einberufene große Tagung der württembergischen Verbände beginnt. Als Auftakt dazu haben die Fasziisten in der großen Versammlung in München einberufen, in deren Folge eine große Versammlung der „Bormärkte“ mit den bedrohlichsten Ernst der Situation zuziehen, da aus den vertriebenen Frontstellen Kolonnen von jungen Leuten zusammengezogen und nach München dirigiert werden. Arrangiert werden diese Transporte vom Reichstagsabgeordneten Walle und vom Reichstagsführer Kerschba. Walle verlangt von der Reichseisenbahn die Gewährung von Sonderzügen, die ihm aber verweigert wurde. Diese Verweigerung ist vor allen Dingen auf das entsetzliche Verhalten der Eisenbahner zurückzuführen, die diese Transporte unter keinen Umständen auszulassen hätten. Was Hamburg und Hannover mit von ähnlichen Transporten gemein hat. Die Leute werden mit Freifahrkarten und reichlichem Geld versehen.

Die Fasziisten sind trotz der Verweigerung des Sonderzugs nach München abgefahren. Da sie den verlangten Sonderzug nicht bekommen, sind 850 Mann Berliner Fasziisten mit fahrplanmäßigen Zügen abgefahren, in der letzten Abreise, daß sie mit dem Zug nach, den sie mit ihrem Zug nach unterwegs noch erhalten würden, im Bereich der Eisenbahndirektion Fälle die nötigen Eisenbahnanlagen zur bequemeren Fahrt erhalten werden. Die nötigen Anordnungen dafür waren ja getroffen, wie nachfolgendes, uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestelltes Bahntelegamm der Reichsbahndirektion Halle beweist:

Am 26. 1. 1923 Sonderzug Berlin-München. Deutschsozialistische Freiheitspartei, nur 4. Klasse. Berlin stellt Wagen zu 500 Plätze ab Berlin 400 Mann, ab Bitterfeld weitere 160 Mann, ab Leipzig weitere 400 Mann, wozu Leipzig Wagen fünf.

E. 33. B. 11. Stedmann.

Zuletzt sind die Fasziisten von Berlin abgefahren, und zwar gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Zug, der um 7.10 Uhr abends in Bitterfeld eintrifft. Auf dem Bahnhof Bitterfeld haben die mitreisenden ausgereiften Banden die Gewährung von Extra-Wagen erzwungen. Die fasziistischen Herden wählten, was sie sich im Bereich der als besonders reaktionär bekannten Eisenbahndirektion Halle leisten konnten. Sie ließen in Bitterfeld aus und langen monotonierend ihre nationalsozialistischen Kampfrufe. Der Fasziistenleiter forderte einige Arbeiter an: „Wenn Sie Republikaner sind, dann gehen Sie Ihrer Wege!“ Erst als Extra-Wagen eingehängt waren, konnte der Zug mit Verpöbelung abfahren.

Schon die Vorgänge auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin und auf dem Bahnhof in Bitterfeld beweisen, daß die Fasziisten ihre Drohung, der staatlichen Gewalt die fasziistische Gewalt entgegen-

zusetzen, in die Tat umsetzen werden. Die Fasziisten steifen auf den Belagerungszustand der bayerischen Regierung. Sie wissen, daß die Verhängung des Belagerungszustandes in Bayern nur eine Komödie ist, die wie der vor dem Kampfbuch von Gier und Kasse verhängte Belagerungszustand, den Monarchisten in der Reichswehr erst recht die Möglichkeit gibt, um so brutaler gegen das Proletariat vorzugehen und Kommunisten zu standrechtlich zu töten, d. h. auf Grund des Belagerungszustandes an die Wauer zu stellen. Der als Generalstaatskommissar bestellte Innenminister Dr. Schwegler, der durch seine monarchistischen Brandreden bekannt ist, bietet den Fasziisten die Gewähr, daß sie ihren Putz in Bayern, wie in Italien, „strotzen“ machen können!

Das Proletariat muß die Situation klar erkennen. Die Lage ist keine wie zur Zeit des Kampfbuchs, nur daß die Fasziisten auf Grund der nationalsozialistischen Stimmung des Bürgerturns, die durch die bürgerliche Presse vom Berliner Lagerbuch bis zur „Deutschen Zeitung“ durch eine geistliche Kriegserklärung aus dem Ruhegebiet täglich gesteigert wird, viel mehr Aussicht auf Erfolg haben. Das Proletariat muß die Augen offenhalten, damit es nicht binnen kurzem eines Morgens erwischt und sich vor vollendete Tatsachen gestellt sieht. Das Proletariat darf nicht auf seine Magistrate vertrauen; in Bayern am allerwenigsten auf den „Generalstaatskommissar“ Dr. Schwegler, sonst muß es erleben, daß es wieder heißt: „Die Staatsgewalt und die Behörden stellen sich auf den Boden der Fasziisten.“ Die Arbeiter müssen, wo es sich um die Mobilisation und den Widerstand der Fasziisten unter allen Umständen verbinden. Sie müssen vor allen Dingen dafür sorgen, daß der Abtransport der fasziistischen Kräfte nach Bayern unmöglich gemacht wird. Dazu müssen die Arbeiter in den Betrieben und insbesondere die Eisenbahner zu jeder Stunde tatzbereit stehen!

Nationalistische Provokation am Werk!

(Eigene Drahtmeldung.)

Eisen, 26. Januar. Gelesen nachmittag fand bis in die späten Nachstunden ein nationalistischer Mummel aus Anlaß der Rückkehr der Jöhens Vertreter aus Mainz statt. Zu Zusammenhören ist es trotz der Provokation der Belagerungstruppen nicht gekommen. Einzelne Provokateure wurden ausgeschickt. Selbst die sozialdemokratische Arbeiter-Abteilung wendet sich heute gegen diese nationalsozialistischen Demonstrationen und fordert zur Selbsthilfe der Arbeiterkraft auf.

Gegen den Raubzug an der Ruhr

Das politische Bureau der Kommunistischen Partei Frankreichs erklärt in seinem Aufruf zur Verhinderung Cashing:

„Die Verhaftung Cashing erfolgt unter den günstigsten Umständen, um die protestantische Aktion gegen den Raubzug an der Ruhr zu unterstützen. Die Partei wird ihre Zeit nicht mit leeren Klagen verbringen. Wir werden auf die Verhaftungen die auf Verstoß des Bitterfelders folgen, durch verdoppelte Aktivität, Fleiß, Mühe und Energie im Zentralen Aktionskomitee gegen den Krieg antworten.“

Unlere Massenversammlungen werden in Paris und in allen Teilen des Landes von abholten Arbeitern und Arbeiterrinnen durchgeführt. Drei Jahre lang haben wir nicht solche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Das Volk macht auf Barmittel. Alle Kräfte der Partei müssen unaufhaltsam eingesetzt werden.

Unlere Kameraden werden im Gefängnis gefesselt, kein als in Freiheit.

Ihre Restemittel mögen fürchten, daß sie nach dem Zusammenbruch eines Verbrechens das Europa um Haarsbreite in den Krieg stürzen kann, selbst bald mit Rest die Fasziisten sein werden!“

Hungerzustand thüringischer Textilarbeiter

Eisen, 26. Januar. Gestern am 25. war der Gebäude des thüringischen Gewerkschaftsbundes zu großen Tumulten während im Verbandsgedäude Verhandlungen über Lohnfragen stattfanden, kamelte sich vor dem Gebäude eine tausendköpfige Arbeitermenge und drang in das Gebäude ein. Hier verlegte sie die Verbandsbürokraten und beschloß die Einridung des Beratungszimmers. Unter dem Druck der Gewalt wurde schließlich ein Pilsener Bier von 800 Mark bewilligt.

Weiteres Steigen des Rubelkurses. Für die Woche vom 10. bis 16. Januar ist ein weiteres Steigen des Rubelkurses zu verzeichnen. Der Dollar sank von 40,25 auf 39,25 Rubel (Walter 1923).

Dollar heute vorm. 25 400 Mark, steigend

Von Jena bis Leipzig

Von Wilhelm Pies

Zwischen dem Jenaer und Leipziger Parteitag liegt eine Zeitspanne von 17 Monaten. Der von der Parteizentrale organisierte umfangreiche Jahresbericht zeigt, daß in dieser Zeit von der Partei eine gewaltige Agitationsarbeit zur Aufrechterhaltung der proletarischen Massen, zur Erzeugung und Stärkung ihres Kampfeswillens und zur Herbeiführung einer einheitlichen Kampfront geleistet worden ist. Unausgesetzt sind durch politische Kampagnen, die aus Anlaß der wachsenden Leerung, des Steuerdrucks, der Unternehmerrückfälle auf Verlängerung der Arbeitszeit und der Verträge der Kontenerrevolution geführt wurden, die Massen zum Kampf angeleitet worden. Insbesondere wurde verurteilt, sie zur Abwehr von den von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern betriebenen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitiken zu veranlassen, die sich nur zum Nutzen der Bourgeoisie und des Unternehmertums und zum größten Schaden der Arbeiterkraft auswirkt. Die Partei hat in diesen Kampagnen den Massen die Aufgabe gezeigt, die sie gehen müssen, wenn sie sich vor weiterer Verelendung und Armut bewahren wollen. Die Erläuterung der Schwärze unter Arbeiterkontrolle, die Einlösung von Kontrollauschüssen gegenüber dem Wähler und für die Kontrolle der Produktion und der Preisbildung und die Schaffung einer Arbeiter-Regierung waren die wesentlichen Forderungen, um die die Partei verurteilt, die Massen zu einer einheitlichen Kampfront zu bringen. So hart auch der Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen in diesen Kämpfen gewesen ist, so hat er doch noch nicht ausgereicht, um die Massen in wirklich starke Kämpfe hineinzuführen. Aber von Tag zu Tag erkennen die Massen mehr und mehr, daß nur durch diese Kämpfe ihre wirtschaftliche Lage sich ernstlich bessern und eine weitere Verfallung sich hindern läßt. Durch die eifrige Agitationsarbeit unserer Fraktionen in den Betrieben und Gewerkschaften hat die Partei eine immer härtere Verbindung mit den proletarischen Massen bekommen. Durch Plakate, Flugblätter und große Kundgebungen wurde diese Verbindung für den revolutionären Kampf unterstüzt.

Wegen diesen Kampagnen hat die Partei während des ganzen Jahres einen Kampf um die Befreiung der politischen Arbeiterangelegenheiten, gegen die Auslieferung und Ausweisungswände der deutschen Republik und gegen ihre ideamliche Kollisionspolitik geführt. In unruhiger Weise wurde während des ganzen Jahres die Hungereinflüsse für Sowjet-Rußland festzuhalten, die in der letzten Zeit in die Produktionskräfte umgewandelt worden ist. Der zunehmende Einfluß der kommunistischen Partei auf die Massen kommt sehr stark zum Ausdruck in den wachsenden Erfolgen, die die Partei bei allen Wahlen, die in dieser Reichsteile stattfanden, erzielt hat. Demgegenüber steht bei den meisten Wahlen ein außerordentlich harter Stimmenrückgang der SPD, und die WPD, die die Vereinigte SPD hat bei den Wahlen, die nach der Reformierung stattfanden, richtige Stimmenerfolge gehabt. Allerdings steht dem Gewinn der SPD, dem dem Verlust der WPD, ein erheblicher Stimmenzuwachs der Rechtsparteien gegenüber. In dieser Entwicklung kommt die Enttäuschung zum Ausdruck, die das Kleinbürgertum und die Arbeiter an der Koalitions-politik der SPD erleben haben. Die Kleinbürger gehen wieder zurück zur Reaktion, und die Arbeiter wenden sich der kommunistischen Partei zu. So steigern sich die politischen Gegensätze. Stärkung der Kontenerrevolution, die in der nationalsozialistischen Bewegung besonders zum Ausdruck kommt, und Stärkung der revolutionären Kräfte, die von der kommunistischen Partei geleitet werden. In diesen Kämpfen stehen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auf der Seite der Kontenerrevolution, und durch diese verlogene Hege gegen die Kommunisten suchen sie die Massen dem revolutionären Kampf abzuhalten.

In drei allgemein durchgeführten Werbemodern wurde eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl und der Zeitungsabonnenten herbeigeführt. Die Mitgliederzahl betrug nach den Abrechnungen vom September 1922 in 2481 Ortsgruppen 191 845 männliche und 26 710 weibliche Mitglieder, insgesamt 218 555. Gegenüber dem Vorjahre hat die Partei eine Zunahme von 88 112 Mitgliedern zu buchen. Die Sozialdemokratie verlor demgegenüber nach den Angaben ihres Jahresberichts bis zum März 1922 46 954 Mitglieder. Dieser Mitgliederabwundert ist seit dieser Zeit noch in bedeutend größerem Umfang eingetreten. So teilte die Berliner Parteiführung im September an allen SPD-Mitgliedern 7000 verloren hat und doch nur 50 Prozent der WPD-Mitglieder zur WPD, übergerechnet hat. Die Erhöhung unserer Mitgliederzahl ist besonders deshalb bemerkenswert, weil sie erfolgte bei einer von Monat zu Monat außerordentlich starken Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. Der monatliche Mitgliedsbeitrag beträgt z. B. für Februar in Berlin bei der WPD 100 M., bei der SPD 600 M. Auch in der Entwicklung der Abonnementzahlen kommt der Rückgang der Sozialdemokratie und der Fortschritt der SPD zum Ausdruck. Der „Bormärkte“ in Berlin hat infolge der Koalitionspolitik der WPD, einen getauften festgestellten Rückgang an Abonnenten erlitten, während es der kommunistischen Partei gelungen ist, trotz der fortgesetzten Erhöhung der Bezugspreise, nicht nur ihren Abonnentenstand zu halten, sondern bei einzelnen Blättern sogar wesentlich zu erhöhen. Die Berichte der Abteilungen der Zentrale: Gewerkschafts-Abteilung, Abteilung Land, Frauen-Revolution, Genossen-

Hilfswirkung, kommunalpolitische Verteilung, bestanden ebenfalls, daß die Aktion in den Betrieben, in den Gewerkschaften, unter den Frauen und der Jugend außerordentliche Erfolge erzielt hat.

Aber bei allem Erfolge, die die Partei erzielt hat, bestehen in ihrer Arbeit noch große Mängel, die abzuhelfen die wichtigste Aufgabe der Partei sein muß. Es gilt, jeden einzelnen Genossen zur Arbeit für die revolutionäre Bewegung heranzuziehen, insbesondere jeden Genossen zu verpflichten, an der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften und Betrieben mitzuarbeiten. Die Organisation beharrt noch sehr des technischen Ausbaus und der finanziellen Unterstützung. Insbesondere gilt es aber, die politische und wissenschaftliche Schulung der Genossen mit aller Kraft zu betreiben. Durch die Einbringung einer besonderen Abteilung für Bildung und Propaganda ist im Laufe der Berichtzeit viel erreicht worden, dem bestehenden Mangel durch die Abhaltung von zwei Parteifahrten, durch die Briefstellen und durch Wandertouren abzuhelfen. Die Erfolge dieser Bildungsarbeit, die eine weitestgehend andere ist als die der Sozialdemokratie, machen sich schon bemerkbar, aber sie reichen nicht aus und müssen mit aller Kraft gesteigert werden. Eine umfassende Literatur ist von der Partei und von der kommunistischen Internationale für die Schulung der Genossen herausgegeben worden, und auch die von der Partei herausgegebenen Zeitschriften werden in der gleichen Richtung. Es muß durchgeführt werden, daß die Genossen sich diese Schätze aneignen, um so das Festhalten zu erhalten, mit dem sie in den nordischen Kämpfen des Proletariats kämpfen müßten, um es zum Siege zu führen. Der Parteiing in Leipzig wird die Maßnahmen zu beschließen haben, durch die die vorhandenen Mängel in der Partei abgeholfen und die Verbe- und Kampfkraft gesteigert wird. Die politische Situation um die Partei zu ihrer Stärkung, um die proletarische einheitliche Kampfbasis des deutschen Proletariats herbeizuführen und darüber hinaus das engliche Kampfbündnis mit den Proletariaten aller kapitalistischen Länder.

Kein Generalstreik

Völliges Verlangen der Antierbader Internationale (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 27. Januar. Wie jetzt bekannt wird, hat sich der Bundesausschuß des BCG, sofort nach der Aufhebung an das Antierbader Bureau des Internationalen Generalstreikbundes gewandt mit der Forderung, daß man die Kämpfe und Saager Beschlüsse nun in die Tat umsetzen und zum internationalen Generalstreik aufrufen. Die reformistischen Vertreter der Antierbader Generalstreikbundes angeführten Bundesverbände weigerten sich, an einer internationalen Aktion gegen die Ruhrbesetzung teilzunehmen. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens, ja auch Englands und der nordischen Staaten erklärten, daß in der Arbeitslosigkeit über diesen eine so harte Ablehnung gegen Deutschland herrsche, daß es an einen Generalstreik nicht gedacht werden könne. Der englische Vertreter betonte ausdrücklich, daß sich die Arbeiterführer der britischen Arbeiter das Proletariat des britischen Arbeiters durch Arbeitslosigkeit außer heruntersinken und aktionsunfähig sei. Den Vertretern des BCG wurde erklärt, daß sie doch in Deutschland zum Generalstreik aufrufen könnten. Das letzte der Bundesvorstand des BCG, ab mit der Begründung, daß ein deutscher Generalstreik allein gegen die französische Besetzung sinnlos sei, daß dies nur ein Streik gegen die deutsche Arbeiterklasse selbst und nicht die deutsche Arbeiterklasse (1) werden würde. In Anbetracht des BCG, ist man direkt konfrontiert über diese katastrophale Verlegenheit der Antierbader Internationale. Dieser macht zuerst einen letzten Versuch, um den Internationalen Generalstreik zu vereinbaren. Doch hat man selbst im Bundesausschuß jede Hoffnung verloren, daß eine internationale Solidaritätsaktion gegen den Ruhrstreik gelände kann.

Was die Kommunisten seit jetzt vorausgesetzt haben, daß sich bemerkt hat. Beim ersten Anlauf wird es erkannt, daß die reformistischen Antierbader Führer nichts als als nationalische Selbstverteidiger ihrer Bourgeoisie. Die deutschen Reformisten haben den deutschen Arbeitern bisher vorgezogen, die internationalen organisiert werden, daß die Antierbader Internationale die weitere Arbeiterinternationale ist. Es ist eine ideale Fuge, wenn die Antierbader behaupten, daß das internationale Proletariat seine Sympathien für das unterdrückte deutsche Proletariat habe. Freilich werden die ausländischen Arbeiter sich nicht für eine Regierung Cuno schlagen. Sie werden zur Solidarität für die deutsche Arbeiterklasse zu unterstützen werden von den Antierbader Führern und dem BCG. Die deutsche Arbeiterklasse muß aber die Internationale und die rote Generalstreik Internationale, deren mutige Führer bereits zum Teil in französischen Gefängnissen sitzen.

In Deutschland stellen sich die Reformisten hinter die Regierung Cuno und geben damit den Antierbader Führern alle nötigen Argumente zu ihrer nationalisierenden und antisozialistischen Pose in ihrer Forderung. Die deutsche Arbeiterklasse muß aber die Arbeiterklasse der internationalen Arbeiterbewegung noch nicht eingestrichelt. Der Kampf gegen das heilige missverständliche Cuno-Regiment eröffnen. Nur dann wird es die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse werden und erreichen, daß in allen Ländern die Antierbader Führer ausgeschlossen werden und die internationale Arbeiterklasse sich gegen den internationalen Imperialismus stellen.

Statberatung im Reichstag

(Eigene Bericht)

Berlin, 27. Januar. In der heutigen Reichstagsberatung gab Reichsfinanzminister Dr. Hoesne bei der Fortsetzung der Beratung des Etats für 1928 die Erklärung ab, daß die Röhrensteuer an 3 Jahren seit dem 1. April 1928 abgebaut werden ist. Doch heute sind 28 Milliarden trotz weiterer Erhöhung noch nicht eingezogen. Darum sieht Abg. Hoesne (Dn.) eine nationale politische Hebe gegen Frankreich. Diese bemerkt er, daß für die Gründung der Röhrensteuer der sozialdemokratische Finanzminister Robert Schmidt voranwärtlich sei. Genosse Paul Fricke hält dazu eine längere Rede, worin er auf die planmäßige Vorbereitung der Röhrensteuer durch den internationalen Kapitalismus eingetrit und die Ministerpräsidenten der Kapitalisten kennzeichnet. Hoesne stellt sich mit keiner Wörtchen in den Diensten des Herrn Staatsmann. Genosse Fricke legt Dokumente vor, die beweisen, daß die obere Herrschende Klasse, wie die Reichswehr mit der Reichsbahn, ein Interesse daran hat, die Röhrensteuer zu erhöhen. Abg. Leber (USPD) führt aus, daß an dieser Stelle keine Wörtchen die größte Freude haben werde. Abg. Breitweid behauptet das Zusammenfallen der Reichswehr mit den Organeln. Zum Schluss verlas der Abg. Hoesne eine Reihe von Dokumenten, aus denen unübersehbar hervorgeht, daß die Reichswehr und andere Heeresstellen verwaltes Heeresgut zu Schindlerpreisen an die Deutsche Reichsbahn.

Der Präsident des Reichstages und die bürgerlichen Parteien versuchten durch lärmende Unterbrechung die Verlesung der Dokumente zu verhindern.

Die Sozialdemokraten Arm in Arm mit den Hatentzählern

Durcheinander bei den „Bereinigten“

Dieselben Sozialdemokraten, die unter fädeljünglichen Gründen es ablehnen, mit der kommunistischen Partei in Verhandlung über die Maßnahmen zu treten, die die deutsche Arbeiterbewegung in dieser Situation zu treffen hat, nehmen es nicht ab, sich in dieser Situation mit den linken Teilen des Proletariats zu einer nationalen Einheitsfront zum Zusammenfinden. Im Reichstags Landtag haben am Donnerstag bei Beginn der Einheitsfront und Befragung der nationalisierenden Erklärung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun zur Frage der Einheitsfront die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Demokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen folgenden Antrag eingebracht und angenommen:

Der Landtag billigt die Regierungserklärung zur Einheitsfront. Er proklamiert erneut gegen die Rechtskräfte und Gewalttaten der Besetzung, er billigt die gefällige Absicht um wissenschaftlichen Mittel, damit der Bevölkerung des unbesetzten Gebietes für ihre tapfere Haltung und erklärt es für eine Ehrenpflicht des Landes und des Staates, die Opfer der Besetzung zu schützen und zu unterstützen.

Dieser Antrag wurde erst nach der Rede des Sozialdemokraten Eimberg, der als erster Redner sprach, verteilt, und zwar gerade als die Deutschnationalen ihren Antrag eingebracht hatten. Die Reichstagsfraktion produzierte und im Sinne des 4. Absatzes der Einheitsfront zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegen die fremden Eroberer sprach. Die Verteilung des gemeinsamen Antrages der nationalen Einheitsfrontparteien erfolgte innerhalb der Fraktion der USPD, die größte Gruppe. Die früheren Unabhängigen führten zu ihrem Fraktionsvorsitzenden Heilmann und wählten um die fröhen Wörtchen darüber, daß eine Verwirrung der Fraktion diese nationale Einheitsfront ausschließen würde. Einige dieser ehemaligen Unabhängigen, die vorwärts gerufen hatten, ließen die USPD, revaluarisieren und die nun vor dem Zusammenbruch ihrer Illusionen stehen, waren so empört, daß Heilmann ihnen in öffentlicher Sitzung mit der Fraktionsbilligung drohte. Nach der Rede anderer Genossen sah es so, als ob die Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer an den Rang herab und die sozialistischen Arbeiter und oppositionellen Abgeordneten aufgedrückt, sich gegen eine solche verdröherische Neuauflage des 4. Absatzes zu wenden, wurde dann schnell eine Fraktionslösung der USPD gemacht, in der man zu fliehen versuchte. Es mußte aber alles nichts.

Bei der Endabstimmung über den schwarzweißen Antrag war die USPD, wieder in ihre früheren Befandteile zerfallen. Die früheren Unabhängigen stimmten mit unserer Fraktion unter den wütenden Zusätzen ihrer Rechts-

sozialistischen Parteigenossen — „geht hoch zu den Kommunisten“ — gegen den Antrag ihrer eigenen Partei. Vergebens versuchte Herr Lindberg mit einer Erklärung zur Einheitsfront, der Fraktionsvorsitzender der USPD, habe „narr“ die Sozialistenparteien um die Unterstützung gebeten, die Situation zu retten. Diese offene Flüge, die sich schon bedrückt erhebt, daß auch die kommunistische Partei aufgeführt worden war, zu unterstützen, wurde von dem Demokraten Schreiber gebührend entlarvt.

Es ist also festzustellen und den Arbeitern der USPD zu sagen, daß die Heilmann und Konzepts im Reichstags Landtag unter Ausnutzung der Minderheit ihrer eigenen Fraktion mit den Deutschnationalen eine Einheitsfront hergestellt haben. Es gilt nunmehr der Arbeitern gegen die Arbeiter der sozialistischen Arbeiter gegen eine solche verdröherische Politik tagtäglich wagt und der seinen offenen Ausbruch in der politischen Spaltung der preussischen Landtagsfraktion der USPD, gefunden hat, für den Kampf des Proletariats dadurch nutzbar zu machen, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter unter Ausnutzung der labierenden rechtssozialistischen Führer sich untereinander und gegen den Willen nationaler Einheitsfront in diesen Spalten getrieben wird, muß zu äußersten Bedenken Anlaß geben.

Die Sozialpatrioten

Der „Vorwärts“ macht weiter in nationalisierender Politik, die hinter der 1914 nicht zurückbleibt. Selbst der „Völkische Volksstimme“ mit den 20. Juni. Das Blatt schreibt in Verbindung mit dem Hoesne, der der „Vorwärts“ auf die westlichen Gebiete industriellen ausstrahlt, gleichviel ob diese Arbeiterfreunde oder Arbeiterfeinde seien, um nur ja in nationalen Kreisen hell zu erstrahlen: Wir hatten schon mehrfach Gelegenheit auf die nationalisierenden Vorgehens des „Vorwärts“ hinzuweisen, aber die Art, mit der in diesen Tagen die Propaganda für die nationalisierende Einheitsfront in diesen Spalten getrieben wird, muß zu äußersten Bedenken Anlaß geben. Ein ähnliches Gefühl muß wohl in der Berliner Funktionärerversammlung der Sozialdemokratie überflogen haben. Es wurde die Lösung jeglicher Gemeinschaft mit den nationalisierenden Einheitsfronten abgelehnt und verlangt, daß die Reichstagsfraktion der USPD ein Ende mache, daß Wüderer und Schieber sich aus der Besetzung des Ruhrgebietes bereichern.

Kein Streik für Kapitalisten. Die sozialdemokratische „Hilfsarbeiter Volkszeitung“ vom 24. Januar schreibt: Der Streik ist die Waffe des Proletariats gegen den Kapitalismus. Er ist kein Selbstverwehrend für die Kapitalisten beim gegenseitigen Austrag ihrer verschiedenen Interessen.

Wie die nationalisierenden Streiks gemacht wurden

(Eigene Drahtmeldung)

Eisen, 26. Januar. Der Streik bei Thyssen ist ein großer Schwindel gemein. Es besteht und hat auch niemals bei den Thyssen-Werken die mindeste Stimmung für einen Streik für die Direktionen bestanden. Der einseitige Streikstreik ist ingeneriert worden durch die Direktion selbst. Man hat den Arbeitern volle Bestätigung für den Streik gegeben. Die Arbeiter wurden nach Hause geschickt, weil die Beamten nicht zur Arbeit antworten und laborieren. Gestreikt wurde auch nur auf den Werken in Brodbrannen, Weidenrich, Jinkhütte und auf einigen Schächten. Auf dem Thyssen-Werke in Hühlerm ist keine Stunde gestreikt worden, ebenso nicht auf den meisten Schächten. Der Bürgerkrieg zwischen Reichsbahn und Eisenbahn wird durch die Beteiligung des gesamten Thyssen-Werkes statt. Die Arbeiter bieten hier gänzlichige Verbindung mit dem Betriebs- und Angehörigenrat, ebenso mit der Betriebskommission, die über die Schäfte der Arbeiter hinweg nach Weg einig geworden. Trotzdem man alles mögliche ausbot, um die Arbeiter zum Aufbruch zu bewegen, wurde die Beteiligung nach Möglichkeit verhindert, wurde die Beteiligung der Arbeiteraufnahme der Arbeit für den nächsten Tag beschlossen. Die dem Beschlusse stimmten die Arbeiter sämtlicher Organisationen zu.

Als die Besetzungstruppen in Eisertrabe eintraten, verlangten die Besetzungstruppen von der Kommunalverwaltung Quartiere. Der Bürgerkrieg zwischen den Belgischen Quartieren an auf dem Schenckplatz der Eisertrabe Eisertrabe. Die Arbeiter, in Unkenntnis der Sache, glaubten an eine militärische Besetzung, und traten gegen die Zusammenkunft unter Aufsicht der belgischen Soldaten zu arbeiten. Die bürgerliche Polizei trocknete über die Einheitsfronten und über die gelungene Frage Proklamation, mit der man die Arbeiterarbeit in den Streik geht hat. Die Freiheit der Kommunalverwaltung blieb der Arbeiterarbeit nicht lange verborgen. Am vergangenen Sonntag fand eine Sitzung der Betriebsräte aller Betriebe der „Guise-Hoffmanns-Hütte“ statt, die sich mit der Handlungsweise der Stadtverwaltung befaßte. In dieser Sitzung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Betriebsräte des Konzerns „Guise-Hoffmanns-Hütte“ haben sich mit dem Streik der Bergarbeiter auf Joseph Eisertrabe beschäftigt, der hervorgerufen ist aus der Besetzung der Schächte durch belgische Truppen. Die Konferenz stellt fest, daß die Zehn der Arbeiter als Quartier durch die Kommunalverwaltung, durch den Bürgerkrieg, zusammenfassen werden ist, angeschlossen, weil keine Quartiere vorhanden sind. Die Konferenz verlangt, daß der Bergarbeiter die vertretbaren Schichten der Schichten, der Bürgerkrieg, bezahlt werden, daß sich andere Quartiere, sehr gut hätten beschaffen lassen. Von der Belegschaft verlangt die Konferenz, daß sie nach Abzug der Besetzung die Arbeit wieder aufnimmt.“

Die Entschließung wurde angenommen durch die Konferenz, die sich in der Mehrheit zusammensetzte aus Christen und USPD-Leuten. Die Kommunisten bildeten nur eine kleine Minderheit. Aus Heiligen wird gemeldet: Auf der Jede Karl Punkte versuchte die Verwalter, die Belegschaft mit allen Mitteln zur Arbeitseinstellung für den Generaldirektor Tengermann zu bewegen. Sie stütz auf den entscheidenden Widerstand der Bergarbeiter. Am Donnerstag, morgens, als die Bergarbeiter erkrankten wollten, wurde ihnen gesagt, die Beamten führen nicht ein. Auch wurden keine Gubenpreisen ausgegeben. Die Belegschaft mußte also nach Hause gehen. Im Laufe des Vormittags wurde die Verwertung jedoch Nachrichten von der freiliegenden Tengermanns Befehle haben. Sie schickte sofort ihre Trabanten, die Beamten und Geheime in ganzen Reihen, die Arbeiter für die Mittegehehit wieder zusammenzubringen.

In Oberhausen fanden in den letzten Tagen nationalisierende Demonstrationen statt. Zu Zusammenhören kam es nicht, da die Besetzungstruppen sich trotz großer Provokationen nicht hineinließen.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Besetzung des Verbandes nationalisierender Soldaten gegen die Besetzungstruppen verurteilt. Landeszentralbehörden lösenpflichtig beizubehalten.

Der Reichstag des Reichstages beschloß über die Geldstillschließungen der nächsten Zeit. Am Sonnabend sollen das Steuergele, das die Annullierung an den Volontarierl regeln soll, das Jugendgerichtsgesetz, das Gesetz über die frühere Erhebung der Getreideumlage und das Kleinrentengesetz auf die Tagesordnung

gesetzt werden. Der Montag und der Dienstag der nächsten Woche werden für die Ausdebatierungen freibleiben. Am Mittwoch wird ein Gehörverhör (Antragsart) abgehalten werden und am Donnerstag soll die zweite Beratung des Etats beginnen.

Sieg der Grundstücksdieber

(Eigener Bericht)

Berlin, 26. Januar. Am Freitag erfolgte der Landtag in dritter Lesung das Gesetz über den Grundbesitz. Auf das Gesetz, das die Vermögenswerte der deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen, den Spiegel vor. Genosse Kay wich an einem trafen Beispiel nach, wie heute in Deutschland die in- und ausländischen Grundbesitzbesitzer gefolgt werden. Das ist jetzt von der Wohnungsamt hat, ordnungsgemäß einer Schulpflegerin die 24 Jahre eingetragener war, eine Wohnung zugewiesen. Als die rechtmäßige Inhaberin in die Wohnung einziehen wollte, stellte sich heraus, daß das Haus inzwischen von einem jüdischen Wucherer gekauft worden war, der sich in die Wohnung widerrechtlich eingemischt hatte. Als die Beamten des Wohnungsamts den Schieber herausverweisen wollten, fanden sie die Wohnung besetzt durch den jüdischen Wucherer. Die Beamten des Wohnungsamts, die den jüdischen Wucherer hatte nämlich inzwischen die Wohnung zum Schein an einen jüdischen Generaloffizier weiterverkauft, der stugs den Schuh des Auswärtigen Amtes angrufen und auch als Vertreter einer exterritorialen Körperlichkeit bekommen hatte. Die Mehrheit des Landtages mit folge Zustände nicht ändern und lehnt deshalb die fortschrittlichen Paragraphen des Gesetzes ab.

In numerischen Abstimmungen und mehreren Sammelparagrafen wurden dann die entscheidenden Paragraphen der Regierungsvorlage von der Reichs-Vereinheit, die etwa 7 bis 10 Stimmen stark war, abgelehnt. Was nach dem Gesetz überföhrig, wurde dann gegen die Stimmen der ganz ungenutzten Wirtschaftsorganisationen angenommen.

Ungerechtes, zweifelhafte offizielle Diener der katholischen Kirche, darunter der Bischof von Münster und andere Bischöfe, haben die Katholiken eine Entschuldig an die Geistlichkeit proklamiert gegen die gewaltsame Besetzung deutschen Gebietes durch Frankreich. Sie sieht in der Besetzung sogar eine Schwächung religiös-ökonomischen Lebens. — Wir vermischen die Konventionen. Bei der Besetzungskammer sind auch katholische Geistliche. Warum beschließt die Kirche ihren Dienern nicht, eine Maßnahme zu laborieren, an der sie „ernste Schwächung religiös-ökonomischen Lebens“ befristet?

Kurz und freizügig. Alles wiederholt sich. Im August 1914 wurde in Deutschland englische und französische Devisen bekommen von Leuten, die mit Vorliebe englische und französische Waren kauften. Auch jetzt wieder wird kurz und klein gelagert. In Köln hat man das Gebäude des Dortenblandes gestürmt, und in den Räumen alles kurz und klein gelagert. In München eroberten Patrioten ein Hotel, in dem sie Angehörige fremder Militärkommissionen vermuteten. Auch hier wurde alles kurz und klein gelagert.

Einkaufssteuer des Lebensmittel. Der Personalzugriff der Reichsbahn wird in der nächsten Zeit um 10 bis 20 Prozent eingedrückt werden. Die Einkaufssteuer erfolgen zum Teil sofort, zum Teil Mitte der nächsten Woche. Die Reichsbahn verfügt zurzeit zwar noch über genügende Rohstoffe, jedoch erscheinen Einkaufssteuer an Wägen.

Reihen der Zeit. In Schwabach in Mittelfranken erfolgte die erste große Beerdigung in Bayern. Ein armer alter Mann wurde in einem Bayerskap beargoben.

Wegen Inventur-Aufnahme Mittwoch, den 31. Januar geschlossen. bis 3 Uhr nachmittags

Brummer Benjamin

Große Ulrichstrasse 22-24 u. Rannischer Platz.

R.P.D.

Versammlungen.

Vereinsrat Halle. Mittwoch 2. Sonntag 20. Jan. abends 7 1/2 Uhr im „Strohbürger Hof“... Zettin. Sonntag 28. Jan. nach 8 Uhr im Gasthof W. Weinmann...



Rest. Produktiv-Genossenschaft, Saale a. d. S., Lindenstraße 14.

Mandolin- u. Fröhlich-Popkonzert

ausgeführt von der Mandolinengruppe des „B. f. B. Trotha-Stad.“

Eintritt frei! Es laden ein Der Vorstand.

Volkspart. Heute, Sonnabend: Maskenball. Morgen, Sonntag: Ball und Freikonzert.

hann. Läufer. Zutterkweine. D. Bruchhardt, Trothaer Straße 4. Tel. 3569

Kaufe laufend zu grundtreuen Preisen: Kupfer, Rotguth, Weißblech, Zinn, Blei...

R. Gottschalk, Königstraße 17. 324. Telefon 6301. Bitte, auf die Hausnummer zu achten.

Dauerhaft gut und billig. Minder-Semden im Saureweinstoff-Verfahren... H. Richter, Trothaer Straße Nr. 80. Telefon 3752

Bettwäsche! In der engeren Verengung... Bettbezüge, weiß, 6300, - 8600, - 9400, - ufm. in guten Qualitäten...

Geschlechtsleidende! Heilung ohne Quecksilber... Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H., Berlin 63, Lietzmannstr. 2, 15

Kinder-Anzüge in bester Qualität, mit hübschen gearbeiteter Faltenjoppe, für Kinder von 8 bis 12 Jahren. Mt. 15 000 - 14 000.

Alle Sorten Häute, Felle Wolle usw. kaufen zu Höchstpreisen. Gebr. Danglowitz

Regina-Schreibmaschine, Senta-Schreibmaschine, Triumphator-Rechenmaschine

Derby-Vervielfältiger für Maschinen- und Handbetrieb, Fixotyp-Typenflachdrucker

Bureau-Bedarf. Silbervaren, Zahngebisse, Söhle, Uhren, Ketten, Ringe

Gold-Bruch, Silberwaren, Zahngebisse, Söhle, Uhren, Ketten, Ringe

Spül-Apparate: Gummis, Spülen, Spritzen und Spülmittel, Irrigatoren (Spüllannen), Schläuche für alle Zwecke

Mantelwärde, Marder, Zittine, Füchle, Gebr. Danglowitz, Silber, Platin, Gold, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte

Goldschmelze, Gold, Silber, Platin, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte, Imitations-Gold, Imitations-Silber

Überbiete jede Konkurrenz und zähle höchste Preise für Ziegen, Hälzen (Winter), Kägen, (Schwarz) Marder, Hitz-Felle, P. Sittte & Co., Halle a. S.

Städt. Theater. Sonntag, 30. Jan. abends 7 1/2 Uhr Robert u. Bertram

Thalia-Theater. 30. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr Die drei Zwillinge

Burg-Theater. Die kl. Dagemar. 5. März im 1. 334. Hofsaal

Künstler spiele. Be. W. W. Jägerstraße 1. Jeden Abend des kritischen Kabarett-Programms

Brintmanns Restaurant. Heute, Sonnabend, morgen, Sonntag: Jubiläumliche Unterhaltung

FREBAR. Ich habe ein Jahr... Edelmetalle, Zentrale, Landwehrt, Siegel & Co.

Wittmetade. Stanniol, Zinn, Eisen, Messing, Kupfer

Parteilichkeiten empfohlen

Meier zahlt stets hoch, Breite, als wie von Konturverten angeordnet werden für... Felle! Häfen 3000, Ziegen 10000

Schürzen, Wäsche, Vaul Juned, Schürzen- und Wäschegeheim, Herrensträße 25

Schokoladen. Zuckerwaren usw. 7. lauter Schokoladenfabrikanten u. Bäckern & Co., Markt 6, September 30

Damen-Strümpfe, Knie-Unterwäsche, Cabarett-Programme

F. Noack, Edelgold, Silber, Gold, Silber, alte Zahngebisse, goldene Uhren, Ketten, Bekleid

Edelmetalle, Zentrale, Landwehrt, Siegel & Co., Wittmetade

Wittmetade, Stanniol, Zinn, Eisen, Messing, Kupfer

Parteilichkeiten empfohlen

Persil bleibt Persil in alter bewährter Güte! geeignet für alle Arten von Wäsche. Niemals löst Persil... Die Große vorteilhafte 1/2-Pfund-Dose 625 Mtl. 340

Halle und Saalkreis

Halle den 27. Januar 1923

Was kostet die Zeitung im Februar?

Diese Frage wird jetzt oft an uns gerichtet. Leider kann ein positiver Preis nicht genannt werden, von keinem Zeitungsbesitzer...

Das Ziel ist, durch den immer höher werdenden Papierpreis den Bestand der deutschen Presse auf ein solches Minimum herabzudrücken, daß es ganz beinahe der Arbeiterklasse nicht mehr möglich wird, eine Tageszeitung zu lesen.

Es muß daher mit einem 100prozentigen Aufschlag des Abonnementspreises für Februar wenigstens gerechnet werden.

Beilage Klassenkampf, Halle a. d. S.

Der Kampf um die hallische Polizei

Ein Ultimatum der Regierung an die Polizeibeamten. — Beschleunigung der Einrichtungen und Gebäude.

Wie heißt Oberpräsident Dörfing hat Gebäude und Einrichtung der Polizeiverwaltung Halle mit Beschlag belegen, veranlaßt durch die Weigerung der Polizei, die Bedingungen der Statuten zu erfüllen, unter denen die hiesige Polizei auf Grund des Verwaltungsgesetzes verfaßt werden soll, zu arbeiten.

Der Kampf ist nun fiktional. Der Kampf um die hallische Polizei beginnt. Die demokratische preussische Regierung mit einem Sozialdemokraten als Polizeiminister macht ihre Drohungen wahr und wird, wenn sich der hierbei die hiesigen Interessen vertretende Magistrat nicht fügt, am Montag, 12 Uhr, die Polizeibeamten der Stadt Halle für gewöhnlich aneinandersetzen. Es wird den Beamten die Wahl zwischen zwei Alternativen aufgegeben, sich bis zum 29. Januar der hiesigen hallischen Polizeiverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Aufmarsch der Frontkämpfer

Der sozialdemokratische Polizeiminister Geering hat jetzt die „großpreussische Arbeiterpartei“ für „aufgelöst“ erklärt. Vor mehreren Monaten hatte er noch andere nationalstaatliche Organisationen „aufgelöst“. Diese „Aufgelösten“ haben sich bisher noch immer zusammengehalten.

Der Geering mag auch die Frontkämpfer „auflösen“. Die nationalstaatliche Brut wird er niemals treffen. Nur die Arbeiterklasse allein ist in der Lage, endgültig Schluss zu machen mit dem nationalstaatsförmigen Geier.

Lügen-Karpere

Gottlieb Karpere aus dem „Vollständigen“ ist natürlich sehr ärgerlich darüber, daß ihm der „Klassenkampf“ etwas unklar ist. Mit seinen Entstellungen hat er sich keine Antwort für sich gegeben. Mit seinen Entstellungen hat er sich keine Antwort für sich gegeben.

Im Scheitern, Lügen und Verleumdungen kann dieser Karpere kaum überleben werden. Barmherzigkeit er fordern über die „große Volksversammlung der SPD“, die von den Kommunisten besetzt werden sollte. Wir müssen dem Karpere, der in der Rolle von Verleumdungspredigern aus seiner „revolutionären“ Tätigkeit in der SPD, immer etwas raus hat, doch sagen, daß es den Kommunisten, die nach seiner eigenen Bestimmung etwa die Hälfte des Saales füllten, ein leichtes gewesen wäre, die Verleumdung aufzugeben.

Welchen Ausweg hat der Handelsminister Stiering den sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt? Die Verleumdung von Arbeiterpartei, die Verleumdung von Arbeiterpartei, die Verleumdung von Arbeiterpartei.

Arbeiter, die Taschen zu!

Cuno und die Arbeitsgemeinschaft wollen auf eure Kosten den Kampf der Grubenbarone finanzieren

In der Zentralarbeitsgemeinschaft haben die Vertreter der Unternehmer und die Vertreter der Gewerkschaften mit Einfluß des ADGB, beschließen, eine Unternehmerratsaktion „für die Opfer der Ruhrkrisis“ einzuleiten. In einem gemeinsamen Aufruf wird aufgerufen, die Unternehmer sollen das Verbot der Stundenlöhne der für ihnen beschäftigten Arbeiter, die Arbeiter einen Stundenlohn abführen. Die Unternehmer „arbeiten“ sich, die Stundenlöhne der Arbeiter gleich zum Jahre einzubehalten.

Unter welcher Form Unternehmer und Arbeitsgemeinschaften an die Lohnproletariat herantraten, jeder Klassenbewusste Arbeiter muß es kritisch ablehnen, sich an diesen Sammlungen zu beteiligen.

Ihnen Ergebnis soll nun dazu dienen, die Unternehmer des Ruhrreviers für ihre Produktionsabgabe und ihre „Kampfmassnahmen“, die sie auf Kosten der hungernden Arbeiter durchführen, scharf zu kritisieren.

Angeregt wurden diese Sammlungen für nationalstaatliche Zwecke von der Regierung des Großstaates, dem Kabinett Cuno.

Arbeiter ausseren, aber die Löhne nicht weiter zahlen. Für die färgliche Unterfertigung der Ausgabepapieren und für den Gehalt der Unternehmer sollte sich die Arbeiter einen Stundenlohn von ihrem Arbeitgeber absetzen lassen.

Der Vorstand des ADGB hat die Arbeiterschaft aufgefordert, den Väter Klassenkämpfern jeden Pfennig Unterstützung zu verweigern.

Er hat sich nun ausführenden Organ der SPD degradiert. Er hat die Verhandlung und jede Aktion gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern schon so sich gewöhnt, die proletarische Kampftaktik sabotiert und sich rückwärts hinter die Unternehmer und die Cuno-Regierung gestellt. Die Sammlungen der Zentralarbeitsgemeinschaft bedeuten nichts anderes als die Unterfertigung der Stundenlöhne der Arbeiter durch die Unternehmer, die die Arbeiter der Schlächterordnung der Arbeiter das Streikrecht zu rauben.

Wenn im Ruhrgebiet bei den bevorstehenden Klassenkämpfen Arbeiter im Kampf gegen den französischen Militarismus und das deutsche Internementum der Hilfe ihrer Klassenkämpfer zu hindern, wird die Arbeiterklasse Mittel und Wege finden, die Opfer des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit unter ihrer Kontrolle aus materiell unterstützen. Die Organe der Hallenbewussten Arbeiterschaft werden alle Vorbereitungen treffen, um sofort nötige Sammlungen einzuleiten zu können.

ränderischen Kapitalismus im Ausland bekämpfen, natürlich in einer Einheitsfront mit den deutschen Nationalisten.

Und welchen Ausweg hat die sozialdemokratische Reaktion des Reichsparlamentes gezeigt? Sie brachte eine Entschließung ein, die die eigenen Klassenkämpfer hinwegzunehmen, legt sich der Deutschen nationalen unterdrücken vor. Diese Entschließung hat zunächst bemerkt, daß ein Teil der früheren Unabhängigen mit den Kommunisten stimmen.

Proletarierentern, verweigert bei Neuanmeldung eurer Kinder am Montag in den Schulen nicht, ausdrücklich zu erklären: „Unser Kind soll nicht am Religionsunterricht teilnehmen.“

Jahresarbeiterentern. Am Sonntag, dem 28. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im „Vollständigen“ die Generalversammlung statt. Alle kommunikativen Mitglieder müssen zur Stelle sein.

Tagungsbewegung. Dittich 3 des Interesses Halle-Saalkreis. Am Sonntag, dem 28. Januar, vormittags 10 Uhr, treffen sich alle Genossen der Dittichbewegung sowie die Funktionäre der Ortsgruppen dem Genossen Schaub in Dittich.

Ein Kupferpennig 29. Kupferpennig. Wie aus Berlin gemeldet wird, werden dort im Januar für einen alten Kupferpennig noch 20 Mark in Papier bezahlt. Also kommt auch der alte Kupferpennig noch zu Ehren!

Nummer 5 der Wochenzeitung DAS WORT

erscheint heute, Sonnabend, nachm., den 27. Januar.

Aus dem Inhalt:

Dollarstempel; Polizeireis im Halbmond; Vereinsmeister gegen Ruhrkrisis; Mittelalter in der Mittelschule; Wirtschaftspolitische Tabellen; das Finanzlein in dem Diktator; Die Arbeiterschaft; Die Arbeiterschaft; Die Arbeiterschaft.

Diese überaus interessante Nummer ist in Halle bei allen Zeitungsveranstaltungen während der ganzen Woche zu haben, ebenso in allen auswärtigen Filialen des „Klassenkampf“.

Für die Sammlungen zur Unterstützung der Kohlenbarone hat aber kein Arbeiter auch nur einen Pfennig übrig! Daß die Bourgeoisie, die Besitzenden, die Steuerabgaben, selber zahlen.

Der Vorkämpfer der Arbeitsgemeinschaft der Chemischen Industrie, Section 5b, sieht an die Arbeiter bereits nach den Anweisungen über die Handhabung der „Kauf“-Spende. Danach soll den Mitarbeitern der Stundenlohn ohne weiteres abgezogen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Chemischen Industrie, Section 5b, sieht an die Arbeiter bereits nach den Anweisungen über die Handhabung der „Kauf“-Spende. Danach soll den Mitarbeitern der Stundenlohn ohne weiteres abgezogen werden.

Das „Vollständigen“ gefordert, daß es lieber leben hätte wenn der Staat nicht erzwungen wäre, zum mindesten aber hätte die Gewerkschaften den Aufruf nicht gemeinsam mit den Arbeitgebern erlassen dürfen.

Was sagt nun das „Vollständigen“ zu den hallischen Arbeitsgemeinschaften, die die Einführung des Stundenlohnes durch gesetzliche Drogen erzwingen wollen? Die mittelbessenen Arbeiter und Angestellten werden von ihren Gewerkschaftsführern bedrückt, fordern mit welchem Recht sie diesen Raub aus ihrer Tasche durchzuführen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat keine rechtliche Befugnis, die irgendwelche bindende Beschlüsse für die Gewerkschaften fassen kann.

Deshalb Arbeiter, Taschen zu! Der Raub der Unternehmer und Gewerkschaftsführer auf die Taschen des hungernden Proletariats muß jündlich gemacht werden.

Keinen Pfennig für die Neubezüglichen Kapitalisten. Keinen Pfennig für die arbeitserfindliche Cuno-Regierung. Keinen Pfennig für die Typen und Stinnes.

Die Zahlreiche Wittenberg-Beitrag des Fabrikarbeitersverbandes hat in einer Verleumdung die Zahlung des Stundenlohnes für den durchsichtigen, rationalen Zweck der Arbeitsgemeinschaft einleitend abgelehnt.

Sport Serienspiele am Sonntag, dem 28. Januar. Table with columns: Spiel-Nr., Zeit, (Einer Verein haust), Sch. Beobachtet. Includes various football matches and results.

